

MITREDEN MITMISCHEN MITMACHEN



WIE KANN DIE DISTANZ ZWISCHEN JUGEND UND POLITIK ÜBERWUNDEN WERDEN?

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort von Volker Steinberg, Landesjugendring Rheinland-Pfalz
2. Einleitung
 - 2.1 Was ist die Enquête-Kommission „Jugend & Politik“?
 - 2.2 Was ist unter Partizipation zu verstehen und warum hat diese gerade auch in der Jugendarbeit eine so große Bedeutung?
3. Wie kann die Distanz zwischen Jugendlichen und Politik verringert werden?
 - 3.1 Beitrag der SPD
 - 3.2 Beitrag der CDU
 - 3.3 Beitrag der FDP
 - 3.4 Beitrag Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
 - 3.5 Beitrag des Landesjugendringes
4. Ausgewählte Ergebnisse und Empfehlungen für das Verhältnis Jugendverbandsarbeit und Politik aus dem Abschlussbericht der Enquête-Kommission
 - 4.1 Ressourcen & Finanzen
 - 4.2 Umgang miteinander
 - 4.3 Kommunikation & Kontakt
 - 4.4 Kooperation
 - 4.5 Angebote & Initiativen
 - 4.6 Partizipation
 - 4.7 Anwalt sein für Kinder und Jugendliche

5. Bewertung & Ausblick

- Beitrag der SPD
- Beitrag der CDU
- Beitrag der FDP
- Beitrag Bündnis 90 / Die Grünen
- Beitrag des Landesjugendringes

1. Vorwort

Mit dem Beschluss der 99. Vollversammlung forderte der Landesjugendring Rheinland-Pfalz (LJR) die Landesregierung im Jahr 2006 auf, die Ergebnisse der Enquête-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ ehrlich, zügig und nachhaltig umzusetzen. In diesem Beschluss verpflichten sich der LJR und seine Mitgliedsverbände, an der Verringerung der Distanz von Jugendlichen und Politik selbst aktiv und tatkräftig mitzuwirken.

Gleichzeitig zum Beschluss wurde in einem Kontrakt zwischen dem LJR und den anwesenden Landtagsabgeordneten vereinbart, dass im Jahr 2007 ein Enquête-Gipfel durchgeführt werden wird, der zum Ziel hat, ein erstes Resümee zu den Umsetzungen der Empfehlungen der Enquête-Kommission zu ziehen. Der LJR legt mit der Broschüre „mitreden – mitmischen – mitmachen“ eine Zusammenfassung der Empfehlungen vor, die aus Sicht der Jugendverbände wesentlich zur Verringerung der Distanz zwischen Jugend und Politik beitragen können. Darüber hinaus empfiehlt er die Lektüre des gesamten Abschlussberichtes, um die Empfehlungen in ihrer Gesamtheit besser nachvollziehen zu können (Drucksachenummer 14/4800 auf der Seite des Landtages Rheinland-Pfalz unter www.landtag.rlp.de).

„mitreden – mitmischen – mitmachen“ enthält Beiträge von Politikerinnen und Politikern, die aus ihrer Sicht Projekte und Perspektiven beschreiben, die zur Verringerung der Distanz von Jugendlichen und Politik beitragen können.

Der LJR möchte mit dieser Veröffentlichung die wichtigen Ergebnisse der Enquête-Kommission für alle nutzbar machen, die unmittelbar mit Kindern und Jugendlichen arbeiten.

Wir hoffen, allen ehren- und hauptamtlich Tätigen in der Jugendarbeit sowie den auf Kommunal – und Landesebene politisch Verantwortlichen, interessante Impulse und Anregungen für ihre zukünftige politische Arbeit mitzugeben und wünschen viel Spaß beim Lesen!

2. Einleitung

2.1 Was ist die Enquête-Kommission "Jugend und Politik"?

Die Enquête-Kommission „Jugend und Politik“ stellte sich der Aufgabe, eine Bestandsaufnahme des Verhältnisses von Jugend und Politik in Rheinland-Pfalz zu leisten und Empfehlungen zu erarbeiten, welche die Beziehungen beiderseits verbessern können.

Im Mittelpunkt standen die Kinder und Jugendlichen: Wie wollen sie ihr Leben gestalten? Wo sind sie an gesellschaftlichen Prozessen beteiligt? Inwieweit sind sie bereit, für andere Verantwortung zu übernehmen? Also Fragen nach Partizipation und Engagement in einer demokratischen Gesellschaft.

Damit politische Entscheidungsträger/-innen in Räten und Parlamenten mit jungen Menschen in Kontakt kommen und bleiben, bedarf es günstiger Rahmenbedingungen. Das bedeutet: geeignete Räume, angemessene Finanzausstattung, förderliche gesetzliche und verwaltungsmäßige Regelungen sowie kompetente Begleitung der jungen Menschen und natürlich die gesellschaftliche Anerkennung für dieses Engagement. Stimmen diese Rahmenbedingungen, wird die Bereitschaft junger Menschen steigen, sich für die Gemeinschaft zu engagieren, politisch mitzuwirken und die Zukunft der Demokratie zu gestalten.

Die Enquête-Kommission hat eine Reihe von Vorschlägen erarbeitet, die von allen politischen und gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen, die mit Kindern und Jugendlichen in Kontakt sind, geprüft und – soweit realisierbar – aufgegriffen werden sollten.

Das formulierte Ziel der Enquête-Kommission durch den Landtagsbeschluss vom 27. Mai 2004 war insbesondere die Erarbeitung von Empfehlungen und Leitlinien zum Abbau der wachsenden Distanz der Jugendlichen gegenüber politischen Institutionen, Organisationen und Politiker/-innen. Geeignete Maßnahmen dafür sind:

- Eine glaubwürdige und zugleich verständliche Vermittlung der Arbeit und der Entscheidungen politisch Engagierter.
- Die Bereitstellung von Ressourcen seitens der Politik sowie die Unterstützung von Jugendlichen im Interesse von verbesserter Partizipation.
- Die Entwicklung von Partizipationsmöglichkeiten und Organisationsformen, die das Interesse und die Bereitschaft Jugendlicher zu aktiver Teilhabe wecken können - sowohl innerhalb der Parteien wie auch in anderen Bereichen von Politik und Verwaltung.
- Die Sensibilisierung der Politik für die Vertretung der Interessen Jugendlicher.
- Eine Politik, die so gestaltet ist, dass Jugendliche im Handeln der politischen Akteurinnen und Akteure einen engen Zusammenhang mit ihrem gegenwärtigen und zukünftigen Leben erkennen können.

2.2 Was ist unter Partizipation zu verstehen und warum hat diese in der Jugendarbeit eine so große Bedeutung?

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen steht auf festem gesetzlichen Boden. In unterschiedlichen Gesetzen und Verordnungen ist die Einbindung und angemessene Beteiligung von jungen Menschen festgeschrieben:

1. UN-Kinderrechtskonvention
„Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife. Zu diesem Zweck wird dem Kind insbesondere Gelegenheit gegeben, in allen das Kind berührenden Gerichts- oder Verwaltungsverfahren entweder unmittelbar oder durch einen Vertreter oder eine geeignete Stelle im Einklang mit den innerstaatlichen Verfahrensvorschriften gehört zu werden“ (Artikel 12).
2. Aachtes Sozialgesetzbuch
„Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen. Sie sind in geeigneter Weise auf ihre Rechte im Verwaltungsverfahren sowie im Verfahren vor dem Vormundschaftsgericht und dem Verwaltungsgericht hinzuweisen“ (§ 8, Abs. 1, SGB VIII).
3. Gemeinde- und Landkreisordnung in Rheinland-Pfalz
„Die Gemeinde / Der Landkreis soll bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen.
Hierzu soll die Gemeinde / der Landkreis über die in diesem Gesetz vorgesehene Beteiligung der Einwohner hinaus geeignete Verfahren entwickeln und durchführen“ (§ 16c, GemO; § 11c, LKO).

Teilhabe, Beteiligung oder Partizipation für Kinder und Jugendliche bedeutet zum einen ihre Einbindung in Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse und zum anderen, ihnen das Recht einer aktiven Mitgestaltung der Gesellschaft einzuräumen.

Jugendverbände sind Werkstätten der Demokratie. Sie sind originäre Aktionsfelder, in denen die Partizipation von Kindern und Jugendlichen ermöglicht wird. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Kinder- und Jugendverbänden lässt das Lernen von Fähigkeiten und Haltungen zu, die für das Leben in einer demokratischen Gesellschaft von existenzieller Bedeutung sind. Die Fähigkeit zur Artikulation eigener Interessen gehört ebenso dazu wie die Einschätzung der Möglichkeit ihrer Durchsetzung. Der Umgang mit Konflikten und deren konstruktive Bewältigung stellen grundlegende Kompetenzen dar, die nachweislich eine hohe biografische Nachhaltigkeit für das spätere Erwachsenenleben zeigen. Gekoppelt mit der Einbindung in Entscheidungsprozesse wachsen junge Menschen in Jugendverbänden in demokratische Strukturen und Prozesse hinein.

„Der gesellschaftliche Gestaltungsanspruch von Kindern und Jugendlichen ist aus Sicht der

Jugendverbände nur dann erfüllt, wenn die folgenden Kriterien erfüllt sind.

1. Es gibt tatsächlich etwas zu entscheiden!

1. Kinder und Jugendliche können sich direkt und indirekt beteiligen.
2. Kinder und Jugendliche werden über ihre Mitbestimmungsrechte aufgeklärt.
3. Alle Beteiligten sind von Anfang an beteiligt.
4. Am Anfang jeder Beteiligung wird ein weit gehender Informationsgleichstand hergestellt.
5. Die Beteiligung wird von Kindern und Jugendlichen inhaltlich vorbereitet. Sie werden dabei von kompetenten VermittlerInnen unterstützt.
6. Es herrscht Transparenz in Bezug auf Entscheidungen und Ziele.
7. Die Attraktivität von Beteiligungsformen wird gewährleistet. Dies wird u.a. über reale Gestaltungsmöglichkeiten, Lebensweltbezug, Altersangemessenheit und Methodenvielfalt erreicht.
8. Zwischen der Planung und der Umsetzung von Beteiligungsvorhaben bestehen enge zeitliche Zusammenhänge.
9. Ein angemessener Zeitraum für den Beteiligungsprozess ist zu gewährleisten.
10. Das Funktionieren von Kommunikation und Interaktion ist eine wesentliche Grundlage für gelingende Beteiligungsprojekte. Kommunikationsprobleme zwischen den Involvierten sind häufig ein Grund für Missverständnisse. Deshalb bedarf es Jugendlicher und Erwachsener, die als SchlichterInnen und ModeratorInnen fungieren.
11. Ein größerer Grad an Institutionalisierung von Beteiligung wird erreicht.
12. Partizipation ist nicht umsonst zu haben. Von vornherein sind Budgets so zu gestalten, dass den vielfältigen Ansprüchen an Beteiligung Rechnung getragen wird.
13. Die Ergebnisse der Beteiligung sind für die Kinder und Jugendlichen nachvollziehbar und erkennbar.
14. Der Transfer der Ergebnisse in die Entscheidungsabläufe von Politik und Verwaltung gelingt.“(Aus: Mitwirkung mit Wirkung - Positionsbeschreibung des Deutschen Bundesjugendrings zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen in politischen Zusammenhängen und Kriterienkatalog, November 2003)

Die Bandbreite von Beteiligungsformen wird durch die Partizipationstreppe von Roger Hart (1992) und Wolfgang Gernert (1993) veranschaulicht.

Danach lassen sich folgende Stufen der Beteiligung/Partizipation beschreiben:

1. **Fremdbestimmung:** Manipulation zur Erreichung von Zielen, die Kinder und Jugendliche nicht kennen oder verstehen.
2. **Dekoration:** Kinder und Jugendliche wirken mit, ohne überhaupt zu wissen, worum es geht.
3. **Alibi-Teilnahme:** Kinder und Jugendliche haben nur eine scheinbare Stimme; ihre Wünsche oder Stellungnahmen werden letztlich jedoch nicht berücksichtigt.
4. **Teilhabe:** Kinder und Jugendliche nehmen nur mit einem sporadischen Engagement teil.
5. **Zugewiesen, aber informiert:** Erwachsene bereiten z.B. ein Projekt vor und informieren Kinder und Jugendliche gut darüber.

6. **Mitwirkung:** Kritik von Kindern und Jugendlichen darf geäußert werden, z.B. über Fragebögen, aber es ist keine konkrete Beeinflussung einer Entscheidung möglich.
7. **Mitbestimmung:** eine Idee von Erwachsenen wird gemeinsam und gleichberechtigt mit Kindern und Jugendlichen entschieden.
8. **Selbstbestimmung:** Kinder und Jugendlichen ergreifen die Initiative und fällen ihre Entscheidung; Erwachsene sind evtl. beteiligt bzw. tragen sie die Entscheidung mit.
9. **Selbstverwaltung:** Selbstorganisation und völlige Entscheidungsfreiheit. Erwachsene werden lediglich informiert.

3. Wie kann die Distanz zwischen Jugendlichen und Politik verringert werden?

Die politischen Parteien in Rheinland-Pfalz sowie der Landesjugendring selbst tragen jeweils auf eigene Art und Weise dazu bei, die Distanz zwischen Jugendlichen und Politik zu verringern.

Nachstehende Beispiele von durchgeführten Beteiligungsprojekten sowie unterschiedliche Ansätze werden im Folgenden kurz vorgestellt. Ferner möchten wir darauf hinweisen, dass im Abschlussbericht der Enquête-Kommission noch zahlreiche „Best-Practice-Projekte“ zur Verringerung der Distanz zwischen Jugend und Politik niedergeschrieben sind.

3.1 Beitrag der SPD (Ulla Brede-Hoffmann, MdL)

These: Distanz gegenüber Politik ist bei Kindern und Jugendlichen das Ergebnis von negativen Erfahrungen sowie von Informationen durch Ältere und die Medien.

Praxisbeispiel: Kinderkonferenz im Kindergarten

Die Kinderkonferenz entscheidet Fragen des Kindergartenlebens. Alle akzeptieren, dass die Beschlüsse für alle verbindlich sind.

Kindergartenkinder haben den Wunsch, die Regeln für ihr Miteinander zu vereinbaren. Sie haben Spaß am Mitentscheiden. Sie übernehmen selbstverständlich Verantwortung, vertreten Kompromisse und erwarten, dass alle sich an die Entscheidungen halten. Kindergartenkinder müssen nicht erst lernen, dass man sich für seine Gruppe einsetzen muss. Sie sind selbstverständlich bereit, diese Aufgabe zu übernehmen. Sie fühlen sich damit nicht belastet, es langweilt sie nicht, es stößt sie auch nicht ab.

Fazit: Menschen sind zunächst völlig selbstverständlich auf Beteiligung und Verantwortungsübernahme „programmiert“.

3.2 Beitrag der CDU ((Anke Beilstein & Dorothea Schäfer, MdLs)

Die CDU-Fraktion hat als eine der wichtigsten Erkenntnisse der Enquête-Kommission festgestellt, dass Kinder und Jugendliche möglichst früh an die Politik herangeführt werden sollten, um ihr Interesse und Engagement stetig zu wecken und zu fördern. Besonders beeindruckend waren hier die Erfahrungen mit Kinderparlamenten und -konferenzen. Ebenfalls zeigten sich zahlreiche gute Partizipationsansätze in der organisierten und nicht-

organisierten Jugendarbeit. Gerade in kommunalen Beteiligungsprojekten arbeiten Kinder aus allen sozialen Schichten mit oder ohne Migrationshintergrund aus allen Schularten zusammen. Dies gilt es unbedingt weiter zu fördern! Zugleich ist es wichtig, Jugendlichen zu vermitteln, dass es nicht ausreicht, sich darauf zu verlassen, dass andere den Weg für ihr Engagement bereiten. Je mehr Eigeninitiative von ihnen selbst erfolgt, desto erfolgreicher sind die Projekte und Partizipationsmöglichkeiten. Dies zu unterstützen und zu fördern ist die Aufgabe aller Erwachsener und der politisch Verantwortlichen. Doch es gilt zu bedenken:

- Je weniger sich Politiker/-innen dabei direkt einmischen, desto besser ist es.
- Ehrliche Aussagen zu tatsächlichen Realisierungschancen von Projekten sind besser als lange Reden, die etwas in Aussicht stellen, was später nicht zu realisieren ist.
Dies führt sonst genau zu der Enttäuschung und Politikverdrossenheit, die wir manchmal feststellen und beklagen.

3.3 Beitrag der FDP (Nicole Morsblech, MdL)

Distanz zwischen Politik und Jugendlichen zu überwinden und Kinder und Jugendliche in die demokratische Gestaltung ihrer Lebensumwelt einzubinden ist eine der wichtigsten Aufgaben von Politik. Sie gelingt nur, wenn man sich aufeinander einlässt und auf Augenhöhe diskutiert. Als Beispiel für eine solche Begegnung zwischen Jugendlichen und Politiker/-innen kann die Brüsselreise der Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Jugend RLP vom 9.-14. Oktober 2006 mit der Landtagsabgeordneten Nicole Morsblech betrachtet werden. Die jugendlichen Teilnehmenden besuchten politische Akteurinnen und Akteure auf der europäischen Ebene und nutzten die Möglichkeit zur Diskussion und zum Kennen lernen europapolitischer Strukturen. Beide Seiten empfanden diese Begegnungen als äußerst bereichernd. Um Distanz zu verringern müssen seitens der Politik vor allem Räume und Gelegenheiten zu Begegnungen und zum Erfahren und Gestalten von Politik geschaffen werden.

3.4 Beitrag Bündnis 90 / DIE GRÜNEN (Nils Wiechmann, Landesvorstand)

Um die Distanz zwischen Jugend und Politik zu verringern, braucht es vielfältige Maßnahmen.

- Politik darf nicht länger über, sondern muss endlich ernsthaft mit Kindern und Jugendlichen reden!
- Es muss eine bunte Palette aus Mitwirkung, Mitbestimmung und Selbstverwaltung im direkten Lebensumfeld angeboten werden!
- Partizipation muss in überschaubaren Zeitabläufen geschehen und altersgerechte Informationen und Methoden verwenden!
- Kinder und Jugendliche sollen selbst Anwalt ihrer Interessen sein und ihre Entscheidungen müssen ernst genommen werden!

Beteiligung und demokratische Teilhabe zeigt sich auch im Wahlrecht. Ein konkretes Ziel ist daher die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Kinder und Jugendliche erhalten nur dann Einfluss auf das politische Geschehen, wenn sie selbst wirklich mitentscheiden können.

3.5 Beitrag des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz

Der LJR sieht es als eine seiner Hauptaufgaben an, Begegnungen zwischen Jugendlichen und Politik zu schaffen. Zur Landtagswahl im Jahr 2006 entwickelte der LJR beispielsweise in Zusammenarbeit mit der Landes- und Bundeszentrale für politische Bildung und engagierten Jugendlichen aus den Verbänden den Wahl-O-Mat. Es war ein im Internet abrufbares Programm, das nicht zuletzt Jugendlichen die Möglichkeit bot, sich über Wahlprogramme zu informieren und ihre politische Präferenz zu erforschen. Mit dem Projekt "Wahl-O-Mat on tour" ist es den Jugendverbänden des LJR gelungen, eine Vielzahl von "Gelegenheiten" zu schaffen, bei denen Jugendliche und Politiker/-innen miteinander ins Gespräch kamen.

Durch Begegnungen und Austausch auf Augenhöhe konnten Distanzen verringert und Barrieren abgebaut werden. Dabei wurde festgestellt, dass offene Begegnungen die Voraussetzungen sind, um Akzeptanz und Vertrauen zu schaffen. Ein besseres Verständnis des jeweils Anderen mit seinen Möglichkeiten und Grenzen konnte so erreicht werden.

4. Ausgewählte Ergebnisse und Empfehlungen für das Verhältnis Jugendverbandsarbeit und Politik aus dem Abschlussbericht der Enquête- Kommission

Im Enquête-Bericht gibt es eine Vielzahl von Ergebnissen und Empfehlungen dazu, wie – bezogen auf die unterschiedlichen Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen - die Distanz zwischen Jugend und Politik verringert werden kann.

Die von uns ausgewählten und untergliederten Ergebnisse lassen sich einerseits der Jugendverbandsarbeit (**J**) und andererseits der Politik (**P**) zuordnen. Ebenso richten sich einige Empfehlungen auch an beide Seiten. (**J + P**)

4.1 Ressourcen / Finanzen

J + P:

Junge Menschen brauchen Räume, finanzielle Hilfen und Unterstützung sowie die Möglichkeit zur inhaltlichen Selbstbestimmung, um ihre Ideen und Aktivitäten umsetzen zu können. Um diese Voraussetzungen zu schaffen, braucht es die Anstrengungen der Politik und der Jugendverbände gleichermaßen. Konkret heißt das: keine Mittel im Bereich der Jugendarbeit/Jugendbeteiligung zu streichen. Darauf haben die Haushaltsverantwortlichen in der Politik in besonderem Maße, aber auch die Verantwortlichen in den Jugendverbänden bei Haushaltsgesprächen stets hinzuwirken.

P:

Für eine aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sind Rahmenbedingungen zu erhalten und neue zu schaffen. Hierfür ist ein Bewusstwerdungsprozess in der Politik notwendig. Die Enquête-Kommission regt im Besonderen die Landesregierung an, modellhafte Projekte, die gelungene Partizipation zum Ziel haben, zu unterstützen, zu fördern und ggf. auszuzeichnen. Dies gilt in besonderer Weise auch für Projekte der Jugendarbeit und der politischen Jugendbildung im ländlichen Raum.

Weiterhin wird gefordert, speziell die Kommunalpolitiker/-innen zu ermutigen, Haushaltsmittel für Zwecke der Partizipation und Aktivierung von Kindern und Jugendlichen in ihre Haushalte einzustellen bzw. zu erhalten.

4.2 Umgang miteinander

J + P:

Nur gegenseitiges Informieren sowie selbstkritisches Überprüfen von Vorurteilen, kann zu einem guten, ehrlichen und wertschätzenden Umgang von Jugendlichen und politisch Aktiven führen. Hier ist es sicherlich hilfreich, gewohnte Einstellungen und Sichtweisen zu überdenken, ggf. über Bord zu werfen und neue zu entwickeln.

P:

Das Auftreten von Politiker/-innen, ihr Umgehen mit Vorschlägen und Initiativen von Kindern und Jugendlichen sowie ihr Umgang untereinander prägt das Bild von Politik nachhaltig für junge Menschen und beeinflusst deren Beteiligungsbereitschaft. Den Verantwortlichen auf allen politischen Ebenen wird empfohlen, sich stets darüber bewusst zu sein. Auf einen guten und wertschätzenden Umgang zu achten, bedeutet auch, den Blick dafür zu schärfen, dass Kinder und Jugendliche einen anderen Wissensstand haben. Dementsprechend wird angeregt, Politik und deren Themen sowohl auf der kognitiven, als auch auf der kommunikativen Ebene zielgruppengerecht zu vermitteln.

Die Mitglieder der Enquête-Kommission empfehlen daher der Politik, Kinder und Jugendliche, deren Wünsche, Bedürfnisse und Vorschläge stets ernst zu nehmen, da sonst die Gefahr besteht, dass diese sich nicht (mehr) beteiligen.

Eine Instrumentalisierung der jungen Menschen für eigene politische Ziele der Politiker/-innen darf jedoch nicht stattfinden, denn dies führt dazu, dass junge Menschen sich in ihren Interessen nicht ernst genommen und nach eigenen Aussagen sogar missbraucht fühlen. Diese Erfahrung wirkt nachhaltig und trägt zu einer Vergrößerung der Distanz bei.

4.3 Kommunikation / Kontakt

P:

Grundsätzlich gilt: das „Ehrliche Nein“ ist immer besser als das „Nicht umgesetzte Ja“! Hilfreich für eine gelingende Kommunikation und Kontaktpflege seitens der Politik hin zu Jugendlichen ist eine offizielle Ansprechperson, die auch den jungen Menschen bekannt ist bzw. bekannt gemacht wird. Die Enquête-Kommission fordert demnach, dass alle Stellen, die für Jugendarbeit Verantwortung haben, dafür Sorge tragen, dass erwachsene Ansprechpartner/-innen für die Belange von Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stehen. Am Besten sollte dieser Prozess durch das Innenministerium und die kommunalen Spitzenverbände angeregt und unterstützt werden.

4.4 Kooperation

P:

Echte Beteiligung heißt, auf die Themen und Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen einzugehen, sie ernst zu nehmen und Absprachen auf Augenhöhe zu treffen. Im Enquête-Bericht werden hier verschiedene Möglichkeiten genannt, wie z.B.:

- Einrichtung von Kinder – und Jugendsprechstunden in den Kommunen
- Einrichtung von Foren für junge Menschen

- Eigens gestaltete Kinder- und Jugendseiten im Verbandsgemeindeblättchen

Generell sind bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen jugendgemäße Formen und Methoden gefragt. Hier können sich die Kommunen Unterstützung bei den Fachkräften der Jugendarbeit holen. Mit solchen Kooperationen ist dann wiederum eine wirkungsvollere und nachhaltigere Partizipation von Jugendlichen gewährleistet.

4.5 Angebote & Initiativen

J + P:

Die Kommunen, das Land, die Erwachsenenorganisationen der Verbände und die Jugendverbände selbst haben die Aufgabe, die Angebote der Jugendarbeit in entsprechender Form zu erhalten, zu fördern und auszubauen. Dies hat zum Ziel, informelle und nicht-formelle Bildung als Teil des Bildungsangebotes weiter zu etablieren und als wichtiges Element für den Erhalt unseres demokratischen Gesellschaftssystems anzuerkennen.

P:

In Rheinland-Pfalz gibt es bereits eine Vielzahl erfolgreicher innovativer Projekte und Netzwerke, in den Methoden, wie z.B. gewaltfreie Konfliktlösung, Streitschlichtung usw. eingeübt und praktiziert werden. Diese gilt es weiter zu erhalten und zu fördern.

Weiterhin würde es die Enquête-Kommission begrüßen, wenn

- sich der Landtag von Rheinland-Pfalz der Aufgabe einer "Jugendoffensive für politische Bildung" annimmt;
- die Landtagsverwaltung ihr Seminar- und Besuchsprogramm für junge Menschen ausbaut und evaluiert;
- die Landesregierung mit Nachdruck die Umsetzung des § 16c der Gemeindeordnung (siehe Kapitel 1.2) vorantreibt und wenn
- den Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtages eine Zusammenstellung aller Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen zur Verfügung gestellt wird.

J:

Es ist eine der Hauptaufgaben von Jugendverbandsarbeit, zielgruppen- und lebensweltorientierte Angebote zu schaffen. Jugendarbeit hat somit die Aufgabe jungen Menschen Geborgenheit und Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft anzubieten, gleichzeitig vielfältige Bildungserfahrungen zu vermitteln und die Einübung in Demokratie zu lehren. Durch engagierte Jugendarbeit, interessante Projekte und Initiativen kann beispielsweise extremistischen Parteien und Organisationen der Nährboden entzogen werden. Dadurch können Kinder und Jugendliche vor dieser undemokratischen Form politischer Beteiligung geschützt werden. Vielfalt statt Einfalt ist angesagt: Toleranzförderliches Klima wie Kennen lernen von Menschen anderer Kulturen, Religionen, Hautfarben oder von Menschen mit Behinderungen sind in allen Bereichen der Gesellschaft zu stärken. Besondere Chancen bieten sich durch Partnerschaften mit ausländischen Jugendgruppen oder durch internationale Jugendbegegnungen an.

4.6 Partizipation

J + P:

Es ist wichtig, engagementbereiten jungen Menschen weiterhin die Chance für Beteiligung innerhalb von Vereinen, Verbänden, Kirchen, politischen Organisationen und sonstigen Initiativen zu eröffnen bzw. diese auch ausbauen zu können. Das erfordert eine Bewusstseinsstärkung bei allen Beteiligten und - soweit notwendig - eine Unterstützung der Jugendlichen von der eigenen Organisation mit erforderlichen Ressourcen.

Die Enquête-Kommission weist alle Verantwortlichen darauf hin, dass frühe Beteiligung auch frühes Erlernen von Demokratie heißt.

J:

Gerade der eigene Jugendverband ist in der Verantwortung, Aufklärungsarbeit sowie Bewusstseinsbildung bei den Kindern und Jugendlichen zu betreiben. Durch die praktische Mitgestaltung im eigenen Verband werden demokratische Kompetenzen gefördert. Ein Jugendverband hat demnach auch die Pflicht, die eigenen Beteiligungsstrukturen und -angebote ständig zu hinterfragen. Nur so kann er zielgruppen- und lebensweltorientiert bleiben.

4.7 Anwalt für Kinder und Jugendliche sein

J + P:

Jeder erwachsene Mensch, sei er in der Politik, im Jugendverband oder in anderen Organisationen tätig, wird aufgefordert im Kontakt mit Kindern und Jugendlichen sowohl Anwalt, als auch Vorbild für Kinder und Jugendliche zu sein. Eine steigende Anzahl von Kindern und Jugendlichen wird durch ihr soziales Umfeld in Vereinzelung, Entsolidarisierung, Diskriminierung und Perspektivlosigkeit gedrängt. Kommunen, Vereine, Verbände, Kirchen und Bildungsträger sollen daher im Besonderen für diese jungen Menschen Beteiligungsprojekte unterstützen und begleiten.

J:

Um im besonderen Maße ihrer "Anwaltsrolle" gerecht zu werden, ist ein Bewusstwerdungsprozess bei den in der Jugendarbeit Tätigen nötig. Sie sind für das Weitertragen der Interessen von Kindern und Jugendlichen in Richtung Politik und Gesellschaft verantwortlich.

Jugendverbände stellen für Jugendliche ein Lernfeld für Demokratie und für gesellschaftliche Verantwortung außerhalb der Schule zur Verfügung. Neben dem formalen Bildungsangebot durch die Schule benötigen Kinder und Jugendliche weitere Angebote, um Schlüsselkompetenzen zu erwerben. Engagement im Jugendverband bietet Gelegenheiten zum informellen und non-formalen Lernen, zur Persönlichkeitsbildung, zur Ausbildung von Teamfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein, Leitungskompetenz und zur Bildung gesellschaftlicher Werte. Die Aufgabe der Jugendverbände besteht vor allem darin, diese besonderen Bildungsleistungen öffentlich bewusst zu machen und den Platz im gesellschaftlichen Bildungskanon einzunehmen, der ihnen von ihrer Bedeutung her zukommen sollte.

5. Bewertung und Ausblick

5.1 SPD ((Heike Raab, MdL)

Die Mitarbeit in der Jugendenquête hat das Bewusstsein auf allen Seiten geschärft und erweitert. Im Ergebnis haben wir vorbildhafte Projekte zusammengetragen, die geeignet sind, die Distanz zwischen jungen Leuten und der Politik zu überwinden. Wir hoffen auf die Nachahmung und wollen Anreize setzen, dass mehr solcher Initiativen zünden. Denn eine demokratische Bürgergesellschaft braucht Menschen, die sich für Andere oder eine Sache einsetzen. Politiker werden verstärkt das Gespräch mit Kindern und Jugendlichen suchen, dazu haben wir bereits feste Termine vereinbart. Kita und Schule sollen auf Teilhabe und Mitbestimmung bauen, das wird in den Schulalltag eingebaut. Medienschaffende sollten Sensibilität für verständliche Sprache und Themen entwickeln, darauf wirken wir in den Gremien und in Gesprächen hin. Auch diese Veranstaltung wird uns wieder Nähe bringen.

5.2 CDU (Anke Beilstein & Dorothea Schäfer, MdLs)

Die verschiedenen Anhörungen, Besuche vor Ort und Gespräche der Enquête-Mitglieder untereinander haben ergeben, dass es eine hohe Sensibilität zur Thematik und ein großes Interesse an der Verbesserung des Verhältnisses von Jugend und Politik gibt.

Zahlreiche gelungene Beispiele, vor allem für eine bessere Beteiligung von jungen Menschen an der Gestaltung ihrer Welt dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass noch viel zu tun ist. Diese Verbesserung stellt somit eine fortwährende Herausforderung für alle staatlichen Ebenen und die Politik dar.

Wir haben festgestellt, dass die Politiker/-innen verstärkt den Kontakt zu Kindern und Jugendlichen suchen sollten, denn tatsächlich ist es umgekehrt wesentlich schwieriger.

Eine konkrete, zum Enquête-Bericht abweichende Forderung der CDU-Fraktion ist der Wunsch nach mehr und früher einsetzendem Sozialkundeunterricht in der Schule. Diese Forderung war immer wieder zu hören, von Lernenden und Lehrkräften gleichermaßen. Daran werden wir weiterhin festhalten und uns dafür einsetzen.

5.3 FDP (Nicole Morsblech, MdL)

Viele Gespräche und „Vor-Ort-Termine“ der Enquête-Kommission haben gezeigt, dass Kinder und Jugendliche, sei es in der KiTa, in der Schule oder in ihrem Lebensumfeld ein Bedürfnis nach Mitbestimmung haben. Dieses aufzugreifen gelingt bereits heute einer Vielzahl von Einrichtungen und Persönlichkeiten. Aufgabe der Landespolitik muss es nun sein, Rahmenbedingungen für durchgehende Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen, vor allem in den Bereichen (Aus-) Bildung und Erziehung zu schaffen sowie Vereine, Verbände und Jugendliche selbst zur Partizipation zu ermuntern und in dieser Aufgabe zu unterstützen. Politische Akteure und Akteurinnen auf jeder Ebene sind besonders gefordert, sich und ihre Arbeit im Dialog Kindern und Jugendlichen zu präsentieren. Dabei gilt es offen, ehrlich und auf Augenhöhe mit jungen Menschen umzugehen und ihre Vorstellungen ernst zu nehmen.

5.4 Bündnis 90 / DIE GRÜNEN (Nils Wiechmann, Landesvorstand)

Leider sind bisher kaum Vorschläge der Enquête-Kommission umgesetzt worden. Um eine bessere Beteiligung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen, brauchen wir dringend ein gerechteres und besseres Bildungssystem und ein Umdenken der Erwachsenen. Sie müssen Vertrauen in die Entscheidungen von Kindern und Jugendlichen haben und ihre Bedürfnisse und Wünsche ernst nehmen!

5.5 Landesjugendring RLP

„Hat die Enquête denn etwas gebracht?“ werden wir als Vorstand des Landesjugendringes immer wieder gefragt, und wir spüren oft die Skepsis, die hinter dieser Frage steckt.

Dem können wir mit Überzeugung entgegnen, dass die Arbeit der Enquête-Kommission sehr gelungen war. Es wurde über Parteigrenzen hinweg konstruktiv zusammen gearbeitet und wir haben erlebt, dass ein echtes Interesse zur Auseinandersetzung gegeben war.

Spannend wird es natürlich erst jetzt und hier sehen wir als LJR unsere Hauptaufgabe: Das Überprüfen und kritische Hinterfragen der Enquête-Ergebnisse.

Zwei Punkte sind uns dabei besonders wichtig:

1. Ist es gelungen, die Ergebnisse der Enquête - Kommission in das Bewusstsein aller Abgeordneten des Landtages in Rheinland-Pfalz zu tragen, oder haben nur diejenigen davon profitiert, die in der Kommission mitgearbeitet haben?
2. Was kommt von den Ergebnissen in den Kommunen an? Denn das ist nach wie vor der Lebensraum, in dem Kinder und Jugendliche am ehesten mit Politikern/-innen in Kontakt kommen und die Erfahrung machen können, wie gelungene Partizipation aussehen kann.

Impressum

Landesjugendring Rheinland-Pfalz e.V.
Raimundstraße 2
55118 Mainz

T 06131 - 960 200
F 06131 - 611 226

info@ljr-rlp.de
www.ljr-rlp.de

In Zusammenarbeit mit den politischen Parteien in Rheinland-Pfalz, die an der Erstellung des Enquête-Berichtes mitgewirkt haben.

Quelle:

Bericht der Enquête-Kommission 14/3 „Distanz zwischen jungen Menschen und Politik überwinden – Beteiligung weiter entwickeln, Demokratie stärken“. Drucksache 14/4800 des Landtages Rheinland Pfalz, 14. Wahlperiode.

Redaktion: Tatjana Asmuth
V.i.S.d.P. Delia Helmerking

Mainz, Dezember 2007